



Streit unter SVP-lern: SVP-Nationalrat Christian Imark (links) kritisiert das Vorgehen von SVP-Vizepräsidentin Magdalena Martullo-Blocher beim Stromgesetz.

BILDER KEY

Das Stromgesetz führt zum Eklat in der SVP

Energiespezialist Imark greift SVP-Vizepräsidentin Martullo-Blocher an. Sein Vorwurf: Mit dem Nein zum Stromgesetz gefährde sie Parteiinteressen.

Othmar von Matt

Auf der einen Seite steht Christian Imark. Der SVP-Nationalrat aus Solothurn brachte am 2021 das CO2-Gesetz praktisch im Alleingang zum Absturz. Im Februar 2024 reichte er als Mitglied des Initiativkomitees die Blackoutinitiative ein, die neue AKW wieder erlauben will. Und 2023 war er als Vertreter der Energiekommission (Urek) verantwortlich dafür, dass die SVP-Fraktion das Stromgesetz von SVP-Bundesrat Albert Rösti mit 36:18 Stimmen absegnete. Die Volksabstimmung findet am 9. Juni statt.

Auf der anderen Seite steht Magdalena Martullo-Blocher. Die Nationalrätin, SVP-Vizepräsidentin, Ems-Chefin und Tochter von SVP-Doyen Christoph Blocher kippte das Ja der Fraktion mithilfe von SVP-Präsident Marcel Dettling, Fraktionschef Thomas Aeschi und Finanzchef Thomas Matter in ein Nein – im Parteileitungsausschuss, im Parteivorstand und an der Delegiertenversammlung.

Christian Imark geht in die Offensive

Martullo zeigte damit, wer die Macht hat in der Partei. Dagegen lehnen sich jetzt breite Kreise auf. 19 von 68 SVP-Parlamentarmitgliedern haben sich dem Ja-Komitee angeschlossen, darunter Diana Gutjahr (TG) und Esther Friedli (SG). Christian Imark (SO) und Jakob Stark (TG) gehören gar dem Ja-Co-Präsidium an. Insider gehen davon aus, dass neben der SVP St. Gallen auch die SVP der Kantone Thurgau und Bern Ja sagen könnten.

Christian Imark geht nun als Vertreter der Befürworter in die Offensive – mit einem politischen Angriff auf Magdalena Martullo-Blocher, wie er in dieser Deutlichkeit noch kaum je zu sehen war. Martullo sei in der Wirtschaftspolitik «besser bewandert» als in der Energiepolitik, sagt er. «Entsprechend sollte sie ihren Fokus legen.» Sie sei «die treibende Kraft hinter dem Nein der SVP» zum Stromgesetz, obwohl die SVP-Fraktion Ja sagte. Imark befürchtet, die SVP bekomme mit diesem Schwenker Probleme, im Parlament noch Allianzen schliessen zu können.

«Wir SVP-Parlamentarmitglieder arbeiten in der Umweltkommission sehr gut mit den anderen Bürgerlichen zusammen», betont er. «Das könnte sich aber ändern, wenn die SVP alles torpediert, was wir in der Kom-

mmission mit den Bürgerlichen ausarbeiten.» Das sei nicht nur beim Stromgesetz passiert, sondern auch bei der Neuauflage des CO2-Gesetzes, «obwohl wir dort fast alles durchbrachten».

FDP und Mitte fragten sich zunehmend, ob sie überhaupt noch mit der SVP arbeiten wollten, sagt Imark. «Damit gefährdet Magdalena Martullo die bürgerlichen Mehrheiten in der Energiefrage und torpediert letztlich das ureigene Interesse der SVP: dass man in der Schweiz künftig wieder Kernkraftwerke bauen kann. Das ist der wichtigste politische Kampf in der Energiefrage.»

So will die SVP die Atomfrage gewinnen

Mit der Blackoutinitiative, die am 16. Februar eingereicht wurde, kommt die Atomfrage wieder auf den Tisch. Die Initiative will in die Bundesverfassung schreiben, dass Atomenergie als Art der Stromerzeugung wieder zulässig sein soll. Mit der Energiestrategie hatte die Bevölkerung den Neubau von AKW verboten. «Bundesrat und Parlament werden sich einen indirekten Gegenvorschlag überlegen müssen», sagt Imark – und skizziert die wahrscheinlichste Stossrichtung: «Man sollte Artikel 12a des Kernenergiegesetzes streichen.» Dieser verbietet Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke. Ein solcher Schritt, glaubt Imark, würde das Initiativkomitee veranlassen, die Blackoutinitiative «zumindest bedingt» zurückzuziehen. Um dafür eine Mehrheit zu bilden, benötigt die SVP sowohl den Freisinn als auch Teile der Mitte-Fraktion, sagt Imark – und betont: «Entsprechende Mehrheiten sind im National- wie im Ständerat absehbar.»

Andere Quellen sagen, die SVP-Vertreter hätten sich in der Energiekommission des Nationalrats dank Kompromissen bereits eine 13:12- oder gar 14:11-Mehrheit in der Atomfrage gesichert. Die parteitaktischen Überlegungen der SVP könne er zwar sehr wohl verstehen, sagt Imark: «Sie will ihr Alleinstellungsmerkmal der letzten Jahre in der Energiepolitik behalten und die Basis nicht verärgern. Das Stromgesetz ist aber das falsche Gesetz für einen solchen Kampf.»

Die Vorlage sieht einen Ausbau von Wasserkraftwerken vor, damit im Winter genügend Strom gespeichert werden kann. Sie enthält eine Liste mit 16 Projekten, die dafür be-

Das strategische Dilemma der SVP

Die Auseinandersetzungen zeigen deutlich: Die SVP steht vor einem strategischen

«Da war nichts von einer bürgerlichen Allianz zu sehen. Wir waren alleine.»

Marcel Dettling
SVP-Präsident

Dilemma. Soll sie als grösste Partei des Landes mit zwei Bundesräten verstärkt Realpolitik betreiben? Oder soll sie ideologischer und oppositioneller auftreten, um weiter zu wachsen? Magdalena Martullo, als Blocher-Tochter inoffizielle SVP-Erbin, scheint den zweiten Weg einschlagen zu wollen.

Einen Oppositionskurs habe die SVP schon immer gefahren, sagte Martullo nach dem Nein der Delegiertenversammlung zum Stromgesetz gegenüber CH Media. Es sei aber kein Thema, etwa die beiden Bundesräte aus der Regierung zurückzuziehen. Zur aktuellen Kritik von Imark äussert sie sich nicht. Wegen einer Geschäftsreise, die sie vorbereiten müsse, habe sie keine Zeit, Fragen zu beantworten, liess sie ausrichten.

Dass Martullo und die SVP mit dem Nein zum Stromgesetz bürgerliche Allianzen für den Bau von neuen Kernkraftwerken gefährden, wie Imark sagt, glaubt SVP-Präsident Marcel Dettling nicht. «Am Mittwoch wurde unter dem Traktandum der Legislaturplanung über einen Antrag zum Bau für neue Kernkraftwerke abgestimmt», sagt er. «Da war nichts von einer bürgerlichen Allianz zu sehen. Wir waren alleine.»

Das Stromgesetz ist für ihn ein «fauler Kompromiss». Es zementiere die geschei-

terte Energiestrategie 2050. «Gefördert wird vor allem Wind, Solar und Biomasse – von 6 auf 45 Terrawatt. Das ist aber unsicherer Strom.» Zudem würden die Stromkosten mit dem neuen Gesetz weiter explodieren. «Ich habe bei mir zuhause nachgeschaut», sagt er. «2008 zahlte ich 12 Rappen pro Kilowattstunde, 2024 34,5 Rappen. Das ist Abzockerei.»

Im Fokus steht auch die SVP Aargau. Benjamin Giezendanner, ein Befürworter des Gesetzes, hat gemäss Programm einen Auftritt an der Delegiertenversammlung vom 8. Mai. Es gibt deshalb Gerüchte, dass Dettling oder Fraktionschef Thomas Aeschi nach Suhr kommen, um die Nein-Parole abzuschieren. Dettling dementiert: «Das kann ich nicht bestätigen.»

Dettlings Lob – und eine leise Kritik

Dettling lobt das Klima in der Partei. «Die Delegiertenversammlung bot eine gute demokratische Ausmarchung», sagt er. «Auch jetzt geht man fair miteinander um.» Leise Kritik an Imark übt er aber dennoch: «Ich habe den Befürwortern des Stromgesetzes in der Fraktion gesagt, dass sie in Zukunft zurückhaltend sein sollen», betont er. «Weil sie eine andere Haltung vertreten, als die Delegiertenversammlung als oberstes Gremium beschlossen hat.»

Was will das Stromgesetz?

Die Bevölkerung stimmt am 9. Juni ab über das Bundesgesetz für eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Die Vorlage soll die Grundlagen dafür schaffen, dass in der Schweiz rasch mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen wie Wasser, Sonne, Wind oder Biomasse produziert werden kann. Damit soll einerseits die Abhängigkeit von Energieimporten aus dem Ausland verringert werden und andererseits das Risiko, dass es zu Stromengpässen kommt.

Die Vorlage sieht einen Ausbau von Wasserkraftwerken vor, damit im Winter genügend Strom gespeichert werden kann. Sie enthält eine Liste mit 16 Projekten, die dafür be-

sonders geeignet sind. Dazu gehören Neubauten und Staumauererhöhungen. Es war ein runder Tisch mit Vertreterinnen und Vertretern der Umweltorganisationen Pro Natura und WWF, des Schweizerischen Fischereiverbands, der Kantone und der Strombranche, die sich auf diese Projekte verständigt haben.

Der Hauptfokus der Vorlage liegt aber auf dem Ausbau der Solarstromproduktion auf Gebäuden und Infrastrukturen. Bundesrat und Parlament betonen, dieser Ausbau biete das grösste Potenzial für die Versorgungssicherheit mit Strom – und er sei vor allem am schnellsten realisierbar. Die Vorlage enthält gezielte Massnah-

men, um das Potenzial zu erschliessen. Grundsätzlich soll die Schweiz bis 2035 etwa 35 Milliarden Kilowattstunden aus Sonne, Wind, Biomasse oder Geothermie produzieren, also sechsmal so viel wie heute. Eine Gruppe von Umwelt- und Landschaftsschützern sowie die Fondation Vera Weber haben gegen das Gesetz das Referendum ergriffen. Inzwischen lehnt auch die SVP die Vorlage ab. Wie stark sich die Partei engagieren wird, ist noch unklar. Es werde eine SVP-Kampagne gegen das Stromgesetz geben, betont Präsident Marcel Dettling. Er lässt sich allerdings nicht in die Karten blicken, wie gross diese sein wird. (att)

Bild der Woche Überschwemmungen in Wüstenstaaten



In den Vereinigten Arabischen Emiraten haben sich die schwersten Regenfälle seit Jahrzehnten ereignet und Teile der Metropole Dubai (von hier stammt unser Bild) stark überschwemmt. Es seien die schwersten Regenfälle seit 75 Jahren, mit besonders viel Niederschlag etwa im Osten an der Grenze zum Oman. Das teilte das Zentrum für Meteorologie am Mittwochabend mit. In der Hauptstadt Abu Dhabi gab es für Schulen, Regierungseinrichtungen und Unternehmen die Aufforderung, soweit möglich von zu Hause aus zu lernen und zu arbeiten. Im benachbarten Oman kamen nach den schweren Regenfällen mindestens 18 Menschen ums Leben. In den Emiraten kam Berichten zufolge ein älterer Mann ums Leben, dessen Fahrzeug vom Wasser weggeschwemmt wurde. BILD KEY

Pentti Aellig meint ...

Abschied von der ratternden Nikon

Wer heutzutage das Licht der Welt erblickt, muss sich kaum um die ausreichende Dokumentation seiner ersten Tage, Wochen und Jahre sorgen. Vom Moment der Geburt an füllen sich in den Smartphones der Familie die Bilderordner in einem atemberaubenden Tempo. Bevor ein Kind seine Augen richtig öffnen kann, haben sich unzählige Impressionen über die digitalen Netzwerke verbreitet. Ein grosser Teil dieser Schnappschüsse kehrt irgendwann zurück ins digitale Nirwana. Von mir als Kleinkind gibt es nur wenige Bilder. Ein Foto dokumentiert den Besuch des Samichlaus. Der fast zwei Meter grosse Samichlaus war in Wahrheit Zöllner Hänseleer aus Schaffhausen, und zwei meiner drei älteren Geschwister haben die Inszenierung längst durchschaut. In meinem Gesicht spiegelt sich das blanke Entsetzen, während ich in leichter Panik Schutz bei meiner Schwester suche. Jahre später behauptete ich, meine Angst sei nur gespielt gewesen, um meinen Geschwistern nicht den Spass am Ereignis zu verderben. Dieses Schwarz-Weiss-Bild erschien damals in den «Schaffhauser Nachrichten». Obwohl der imposante Samichlaus auf der Fotografie gar nicht sichtbar ist, wirkte seine Präsenz auf den Betrachter durch den Blick von uns Kindern.



«Bruno Bühlers letzte Reise markiert auch das Ende einer Epoche, welche den Wert der Fotografie stärker gewichtete.»

Pentti Aellig
ist Gemeindepräsident von Dörflingen und SVP-Kantonsrat

Bruno amüsierte sich immer darüber. Als Trio waren Bruno und meine Eltern gerne kulinarisch und kulturell in Norditalien unterwegs. Und Bruno war auch willkommen-Gast in unserer Wohnung in Helsinki.

Abschied von Bruno

Für mich persönlich bedeutet die Nachricht vom Tode von Bruno Bühler nicht nur ein Abschied von einem Menschen, dem man sein ganzes Leben lang immer gerne begegnet ist. Brunos letzte Reise markiert auch das Ende einer Epoche, welche den künstlerischen und handwerklichen Wert der Fotografie stärker gewichtete. Der kreative Prozess führte vom gut überlegten Bild über die Entwicklung des 36er-Films im Labor bis zur Auswahl auf den Kontaktabzügen, bevor man erneut in die Dunkelkammer verschwand, um die

benötigte Vergrösserung zu belichten. Bruno und Eric Bühler hatten den Wandel zur Digitalfotografie selbstverständlich souverän vollzogen. Bruno bleibt nun Gott sei Dank erspart, wie KI-generierte Bilder den visuellen Wahrheitsgehalt völlig aushebeln. Wenn die Grenzen zwischen echten Bildern und von künstlicher Intelligenz manipulierten Bildern vom Betrachter nicht mehr wahrgenommen werden können, wird Kreativität wertlos. Für mich bedeutet der Tod von Bruno Abschied von einem geistreichen, liebenswerten Menschen. Abschied von der ratternden Nikon, Abschied vom wandelnden Personen- und Anekdotenlexikon, Abschied vom eilenden Reporter in Terminnot und auch Abschied von einem Teil meines Lebens. Hoffen wir, dass wir Eric noch lange in Schaffhausen erleben werden.



Besuch vom Samichlaus bei der Familie Aellig in Dörflingen im Jahr 1964 – ganz rechts auf dem Bild: der junge Pentti Aellig. ARCHIVBILD BRUNO BÜHLER

LESERBRIEF

Heizfreie Sonntage wegen des Klima-Urteils?

Zu «Von historisch bis lächerlich: Klima-Urteil spaltet die Schweiz», SN vom 10. April

Nun ist das Klima-Urteil aus Strassburg endlich da. Die Klimasenioren konnten einen wichtigen Erfolg verbuchen. Jetzt muss die Schweiz was tun – mehr tun. Stichwort Ölheizungen: Da Altersheime überdurchschnittlich beheizt werden, müssen wir dort beginnen und die Heizungen runterdrehen. Überhaupt muss der Staat mittels Notverordnung nun Fakten schaffen: An Wochenenden sollte landesweit grundsätzlich nicht mehr mit fossilen Energieträgern geheizt oder Warmwasser erzeugt werden, und auch Klimaanlage sollten an Wochenenden nicht mehr benutzt werden dürfen. So war es doch gemeint – das «mehr tun»? Warum im Holozän einmal 2,5 ppm CO2 die Temperatur um 1,5 Grad erhöhten – ein andermal 140 ppm um eben denselben Wert? Das haben allerdings weder der dergMR noch die Klimasenioren schlüssig darlegen können.

Leonhard Fritz
Beggingen

Unter der Rubrik «Leserbrief»

veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.